## PRESSE-MITTEILUNG



## Deutsche Kirchen fordern von Bundesregierung Einhaltung europäischer Klima-Verpflichtungen

62 kirchliche Akteure fordern Schluss mit Öl, Gas und Verbrennern/ Rahmenbedingungen beibehalten statt Verunsicherung schüren

## Berlin/Hamburg/Wittenberg/Köln, 27.11.2025

Mit einem dringenden Appell wenden sich heute 62 kirchliche Akteure – darunter das Ökumenische Netzwerk Eine ERDE – an die Bundesregierung. Sie fordern ein wirksames Klimaschutzprogramm und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen: **Appell** <u>hier</u> **herunterladen.** 

"Mit diesem Appell wollen wir ein gesellschaftliches Signal senden", so Astrid Hake von EINE ERDE. "Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Chancen des Klimaschutzes nutzt und ihrer rechtlichen und moralischen Verantwortung mit einem wirksamen und sozial gerechten Klimaschutzprogramm nachkommt."

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen Planungssicherheit, betont Astrid Hake. "Daher appellieren wir an die Bundesregierung: Halten Sie an den europäischen Kompromissen zum Verbrennerausstieg und zur Ausweitung des Emissionshandels fest und sorgen Sie für ausreichende Klimainvestitionen. Nur so können die Fortschritte der vergangenen Jahre gesichert und die nächsten Ziele erreicht werden."

Das Netzwerk verweist auf die großen Anstrengungen ihrer über 120 Mitglieder (Landeskirchen, Bistümern, Akademien, Hilfswerken, Gemeinden, Diözesen) durch zahlreiche, einschneidende und konsequente Klimaschutzmaßnahmen. <u>Beispiele:</u>

- <u>Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW)</u> "Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes" vom 27. April 2024 (ekkw.de), Ziel: Netto-Treibhausgasneutralität der Landeskirche bis spätestens 2045. Das Gesetz regelt verbindlich Anforderungen an Gebäude, Mobilität und Beschaffung. (agu.ekd.de)
- <u>Evangelisch Lutherische Kirche in Bayern (ELKB)</u>, Klimaschutzgesetz (KliSchG) Klimaschutzfahrplan beschlossen 25. April 2024; In Kraft ab 1. Juli 2024 (agu.ekd.de), Ziel: Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 90 % bis 2035 (Bezugsjahr: 1. Januar 2023) und Klimaneutralität bis 2045. Verpflichtende Maßnahmen u.a. energetische Sanierung, Ersatz fossiler Heizungen, Ökostrom, nachhaltige Beschaffung. (agu.ekd.de)
- Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)
   Erstes Kirchengesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (KISchG), Beschluss der Landessynode am 27. September 2025 (Nordkirche), Neu geschärftes Ziel: Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 90 % bis 2035; danach jährliche weitere Reduktion um 1 % bis Ziel der vollständigen Neutralität. Zudem verbindliche Finanzierung (z.B. ein bestimmter Prozentsatz der Kirchensteuer für Klimaschutz), Mobilitätsmanagement, kontinuierliche Fortschreibungen. (Nordkirche)
- <u>Erzbistum Berlin</u>, Klimaschutzziele 2040", Ziel: Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 % bis 2030 und auf null bis 2040, in Kraft gesetzt zum 1. Dezember 2024, Einrichtung eines jährlichen Klimaschutzfonds (1,5 Mio. Euro pro Jahr) zur energetischen Sanierung von Pfarrgebäuden.
- Bistum Münster
   Klare Zielsetzung der Treibhausgasneutralität bis 2045; eigenes Klimaschutzkonzept (für Gebäude, Mobilität, Beschaffung) beschlossen durch Diözesanrat am 7. Februar 2025
- Bistum Mainz: Klimaschutzkonzept des Bistum Mainz, in Kraft gesetzt im April 2019, Ziel: Bis 2050 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 85 % gegenüber 2017 reduziert werden.

"Damit wir diesen Weg fortsetzen können, brauchen wir mehr politische Unterstützung. Die Mehrheit der Menschen in diesem Land will mehr Klimaschutz. Lassen Sie uns dabei nicht allein!" Mit einem verlässlichen und ambitionierten Klimaschutzprogramm kann die Bundesregierung dafür den richtigen Rahmen setzen. Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, ein Klimaschutzprogramm vorzulegen, das die festgeschriebenen Ziele für 2030 und 2040 erreicht. Entscheidend ist, dass das Programm nicht nur bestehende Maßnahmen fortschreibt, sondern neue, wirksame und sozial gerechte Schritte einleitet.

## Ökumenisches Netzwerk EINE ERDE

Das ökumenische Netzwerk "Eine Erde" ist ein Zusammenschluss von mehr als 120 Landeskirchen und Bistümern, Hilfswerken, Akademien, Gemeinden und anderen kirchlichen Einrichtungen, die sich für einen sozial-ökologischen Wandel in Kirche, Gesellschaft und Politik einsetzen. Es hat Standorte in Berlin, Hamburg, Köln und Lutherstadt Wittenberg.



Constanze H. Latussek
Pressereferentin

0176-80029590

latussek@netzwerk-eine-erde.de